

VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND-PFALZ

– VVR –

RUNDSCHREIBEN

Rdschr. Nr. 1/13 vom 10.03.2013

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

kaum hat das Jahr 2013 begonnen, neigt sich schon das erste Quartal dem Ende zu. Ich nutze das erste Rundschreiben, um Sie vor allem über in diesem Jahr bevorstehende Veranstaltungen auf den neuesten Stand zu bringen und zugleich über andere Aktivitäten und Ereignisse im Vereinigungsleben zu informieren:

1. Zunächst gebe ich Ihnen den Termin für die nächste ordentliche Mitgliederversammlung bekannt:

**Die Mitgliederversammlung 2013 der VVR findet statt am
Donnerstag, dem 24. Oktober 2013, im Kreistagssaal der Kreisverwaltung
Mainz-Bingen in Ingelheim.**

Einer gewissen Tradition der letzten Jahren folgend wollen wir auf Vorschlag der Mainzer Kolleginnen und Kollegen, die turnusmäßig für die Ausrichtung unserer diesjährigen Mitgliederversammlung zuständig sind, auch in diesem Jahr nicht in der Stadt des Verwaltungsgerichtssitzes verweilen, sondern eine kleinere, aber attraktive Stadt in deren Umfeld aufsuchen. In Ingelheim wird uns – dank guter Kontakte unseres Mainzer Kollegen Michael Ermlich zum dortigen Landrat – der Kreistagssaal der Kreisverwaltung Mainz-Bingen als Tagungsraum zur Verfügung stehen. Zudem ist die Stadt Ingelheim verkehrsgünstig gelegen und bietet vielfältige Möglichkeiten für ein attraktives Rahmenprogramm.

Für das Vormittagsprogramm, das wie immer Fortbildungscharakter haben wird, haben wir uns diesmal wieder ein allgemeines, aber auch sehr aktuelles Thema vorgenommen: "**Der demografische Wandel als Herausforderung für Land und Kommunen**". Dabei wollen wir auf das bereits im Vorjahr bewährte Format mehrerer Kurzvorträge verschiedener Gastreferenten zurückgreifen, um das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten. Uns liegen bereits Zusagen vor der Leiterin der Interministeriellen Arbeitsgruppe Demografischer Wandel, Frau Dr. Christiane Liesenfeld (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie), die die Demografiepolitik der Landesregierung darstellen wird, sowie von Frau Dorothea Schaefer, CDU-Landtagsabgeordnete und 2. Kreisbeigeordnete des Landkreises Mainz-Bingen und von Herrn Bertram Fleck, Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises,

die beide vor allem über demografiebezogene Projekte des jeweiligen Landkreises berichten werden. Weitere Informationen, auch zum Rahmenprogramm, werden Sie in nachfolgenden Rundschreiben erhalten.

Bitte merken Sie sich den Termin der Mitgliederversammlung vor und halten Sie ihn sich nach Möglichkeit frei.

2. Wie Sie ja bereits wissen, lockt schon im Frühsommer ein Großereignis Verwaltungsrichterinnen und -richter aus dem ganzen Land, aber auch andere an der Verwaltungsgerichtsbarkeit Interessierte aus Deutschland und Europa nach Münster. Denn dort findet vom 5. Juni bis 7. Juni der **17. Deutsche Verwaltungsgerichtstag** statt. Anfang Februar sind die **Programmhefte** erschienen, die Sie zum Teil – soweit Sie im aktiven Dienst und zur Zeit an einem unserer 5 Gerichte tätig sind – bereits erhalten haben. Alle anderen Mitglieder erhalten ein Programmheft (mit Anmeldeformular) zusammen mit diesem Rundschreiben. Sie können sich aber auch online anmelden über die Homepage www.muenster2013.de, über die Sie auch Hotelzimmer buchen können. Bitte beachten Sie, dass die **Anmeldung bis spätestens 5. Mai 2013** erfolgen muss, wobei es sich empfiehlt, wegen des begrenzten Angebots an Hotelzimmern bereits wesentlich früher aktiv zu werden. Wenn Sie dazu Fragen haben, können Sie sich gerne an mich oder an Ihr örtliches Vorstandsmitglied wenden.

Der Vorstand würde sich sehr freuen, wenn sich viele Mitglieder unserer Vereinigung zu einer Teilnahme am 17. Deutschen Verwaltungsgerichtstag entschließen würden.

3. Man mag es kaum glauben, aber unser bisheriges Thema Nr. 1 "**Justizstrukturreform und Einsparungen im Justizhaushalt**", das unsere Vereinigung fast 1 ½ Jahre in Atem gehalten hat, ist fast wieder zu einem Thema unter vielen geworden. Am 10. Januar 2013 wurde der VVR-Vorstand zu einem Gespräch in das Justizministerium eingeladen, in dem uns der Leiter der Zentralabteilung, Herr Ministerialdirigent Thurn, nähere Erläuterungen zu den Beschlüssen der Lenkungsgruppe, insbesondere zu den von unserer Gerichtsbarkeit erwarteten Personaleinsparungen im richterlichen Dienst gegeben hat. Auf Nachfrage wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die Beschlüsse der Lenkungsgruppe als verbindlich angesehen werden und als klare Zielvorgaben für unsere Gerichtsbarkeit in dieser Legislaturperiode behandelt werden können. M. a. W.: Es wird mindestens bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode keine Diskussionen mehr über Standortschließungen und auch nicht über Umwandlungen in auswärtige Kammern geben; statt dessen werden Einsparungen durch Nichtwiederbesetzung von Richterstellen in einer Größenordnung von 500.000 € bis 2016 erwartet. Verbindlich vorgegeben ist dabei nur die Größenordnung von 500.000 €, nicht Zahl und Art der Stellen, die nicht

wiederbesetzt werden, so dass unserer Gerichtsbarkeit insoweit ein Handlungs- bzw. Personalbewirtschaftungsspielraum verbleibt und insbesondere flexibel auf unerwartete Entwicklungen reagiert werden kann. Von unserer Seite haben wir besonders auf die teilweise jetzt bereits prekäre Personalsituation an einigen Verwaltungsgerichten und – in nächster Zeit erwartbar – auch am Oberverwaltungsgericht aufgrund einer zu geringen Zahl von Beisitzern hingewiesen, die eine angemessene Besetzung der Spruchkörper erschwert und der durch einzelne Stellennachbesetzungen entgegengewirkt werden müsse. Ferner haben wir die weiteren Punkte aus dem Arbeitspapier der Unterarbeitsgruppe noch einmal angesprochen, insbesondere die Generierung von Einsparpotentialen durch flächendeckende Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und durch eine engere organisatorische Kooperation mit den Sozialgerichten. Das Ministerium zeigte sich aufgeschlossen dafür, den elektronischen Rechtsverkehr auch in der Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit auszuweiten; hinsichtlich weiterer Synergieeffekte zwischen Verwaltungs- und Sozialgerichten bittet man um konkrete, vor Ort entwickelte Vorschläge.

Der VVR-Vorstand wird die weitere Umsetzung der Personaleinsparungen konstruktiv-kritisch begleiten.

4. Am 6. März 2013 habe ich als Gast an der **Landesvertreterversammlung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes in Kaiserslautern** teilgenommen. Im öffentlichen Teil stand eine **Podiumsdiskussion** auf dem Programm: Unter Leitung des DRB-Landesvorsitzenden Edinger diskutierten der DRB-Bundessvorsitzende Frank, Frau Staatssekretärin Reich aus dem Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – in Vertretung von Herrn Justizminister Hartloff –, der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Wilke, der FDP-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Wissing sowie der stellvertretende DRB-Landesvorsitzende Endell über die Frage: **"Sparen an der Justiz – Sparen am Rechtsstaat?"** Während Frau Staatssekretärin Reich die Investitionen der SPD-geführten Landesregierungen seit 2006 in die IT und sonstige sächliche Ausstattung der gesamten Justiz sowie die Verbesserung der PEBB§Y-Deckungsgrade vor allem in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit hervorhob und vor diesem Hintergrund die dort vorgesehenen Personaleinsparungen für angemessen und verkraftbar hielt, widersprachen dem die anderen Teilnehmer, verwiesen auf Unterdeckungen vor allem in der Sozialgerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften und generell im gehobenen Dienst, forderten angesichts der verfassungsrechtlichen Anforderungen an die staatliche Justizgewähr als staatlicher Kernaufgabe eine andere politische Schwerpunktsetzung bei Einsparungen und mahnten speziell einen angemessenen und nachvollziehbaren Eigenbeitrag des Justizministeriums zu den zur Einhaltung der Schuldenbremse unabwendbaren Einsparungen im Justizhaushalt an. Der DRB-Bundessvorsitzende übte scharfe Kritik an der Rechtspolitik auf Bundesebene, forderte eine Rückkehr zur Bundeskompetenz für die Richterbesoldung und kritisierte in diesem Zusammenhang auch

die 5 x 1%-Deckelung der Anpassung der Beamten- und Richterbesoldung in Rheinland-Pfalz. In Beiträgen aus dem Publikum wurden vor allem Befürchtungen laut, dass die geplanten Personaleinsparungen auf die Qualität richterlicher Entscheidungen sowie auf die teilweise – insbesondere in der Sozialgerichtsbarkeit – infolge bestehender Personalunterdeckungen bereits jetzt zu langen Verfahrenslaufzeiten durchschlagen werden. Begehrlichkeiten in Richtung auf "Personalverschiebungen" aus der Verwaltungs- in andere Gerichtsbarkeiten wurden in diesem Zusammenhang übrigens nicht geäußert.

5. Zum Schluss leider noch eine traurige Mitteilung: Am 9. Februar 2013 verstarb unser früherer Koblenzer Kollege und langjähriges VVR-Mitglied, Herr VRVG a. D. Michael Rathmann, nach langer, schwerer Krankheit. Herr Rathmann, der mein erster Kammervorsitzender nach meinem Eintritt in die Verwaltungsgerichtsbarkeit war, ist sicher nicht nur mir noch als ein besonders liebenswürdiger Kollege und als vorbildliche Richterpersönlichkeit in Erinnerung. Leider traf ihn schon 1995 im Alter von nur 50 Jahren eine schwere Erkrankung, so dass er seinen Beruf seither nicht mehr ausüben konnte. Die VVR wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Nun aber wünsche ich allen Mitgliedern schöne Osterfeiertage und eine gute Zeit, vielleicht auch mit einem Wiedersehen auf dem Verwaltungsgerichtstag in Münster!

Mit freundlichen Grüßen
für den Vorstand

gez. Hartmut Müller-Rentschler